

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir im Plenum des Bundestages über die **Situation von Migrantinnen und Migranten in unserem Land** debattiert. Die **Integrationsdebatte ist jahrzehntelang verkürzt geführt** worden. Meist wurde nur über türkische Migranten, die vermeintlich schlecht ausgebildet sind, gesprochen. Die **meist positive Integration**, die die Regel bei unseren Migranten ist, wird in der öffentlichen Debatte vernachlässigt. Wir müssen die **vielschichtige migrantische Realität** in unserem Land wahrnehmen und **offen und ehrlich diskutieren**, was gut läuft und wo wir Verbesserungen brauchen. Bei Audi habe ich gemeinsam mit über 50 Nationen gearbeitet. Diese **konkret erfahrbaren Integrationserlebnisse** müssen Ausgangspunkt unserer Debatte sein.

Integration bedeutet für mich Identität: Alle Menschen in unserem Land müssen sich mit unserer gemeinsamen Gesellschaft, die wir alle zusammen ein Stück weit verändern, identifizieren. Das gilt für die Aufnahmegesellschaft genauso wie für die Migranten. Dazu müssen wir in der Politik mehr als nur Daten und Fakten präsentieren, wie es die Bundesregierung in ihrem in dieser Woche vorgelegten Bericht über die Lage von Migranten tut. Wir brauchen vielmehr eine **Anerkennungskultur** und ein **Zusammengehörigkeitsgefühl**. Dazu müssen wir zum einen die emotionale Ebene ansprechen. Zum anderen brauchen wir konkrete Gesetzesänderungen, beispielsweise im Staatsbürgerschaftsrecht und bei der Familienzusammenführung.



Berlin-Brief, Ausgabe 82
08. Oktober 2010

Meine Termine

Eröffnung Mehrgenerationenhaus
14.10.2010, 11 h, Heilbronn, Rauchstr. 3

**SPD-Landesparteitag mit Nominierung
des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl**
16.10.2010, 10.30 h, Donauhalle Ulm

**Diskussion der Wirtschaftsjuvenen
Heilbronn-Franken: „Berlin im Dialog“**
19.10.2010, 19.00 h, Kreissparkasse
Heilbronn

**AK Europa des SPD-Kreisverbands mit
Peter Simon MdEP zum Thema
Europäische Wirtschaftsregierung**
21.10.2010, 19.30 h, Gaststätte Harmonie
Heilbronn

**Jahreshauptversammlung der IG BCE
mit Ehrung**
23.10.2010, 14 h, Gewerkschaftshaus
Heilbronn

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Integration heißt auch **Beteiligung** – in allen Bereichen. Erst wenn es auf dem Arbeitsmarkt, in der Politik und in der Freizeit keinen Unterschied mehr macht, ob eine Person einen ausländisch klingenden oder einen urdeutschen Namen trägt, haben wir wirklich einen Austausch auf Augenhöhe.

Ein weiterhin brandaktuelles Thema ist **Stuttgart 21**. Bereits in den letzten beiden Berlin-Briefen habe ich mich dazu geäußert. Am Mittwoch haben wir in einer **Aktuellen Stunde im Plenum des Bundestages** darüber debattiert. Die **Posse um Heiner Geißler, Stefan Mappus und Rüdiger Grube** um einen **vermeintlichen Baustopp**, der dann gleich wieder dementiert wurde, zeigt: **Mit den Demonstranten soll nicht über das Projekt Stuttgart 21 gesprochen werden, sondern lediglich über Dinge wie die Gestaltung der Parkanlage**. Das ist zynisch und geht an der Realität vorbei. Die schwarz-gelbe Landesregierung verkennt, dass es nicht mehr nur um Stuttgart 21, sondern auch um die Arroganz der Macht geht. Ich halte die repräsentative Demokratie für die beste Form des Regierens – und das Projekt Stuttgart 21 wurde korrekt in allen repräsentativen Institutionen beschlossen. Allerdings dürfen wir dabei nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Der **vernünftige Vorschlag des SPD-Landesvorsitzenden Nils Schmid** steht daher weiterhin im Raum: **Eine Volksabstimmung, vor der alle Gutachten, Daten und Fakten auf den Tisch kommen – und bis zur Volksabstimmung muss der Bau ruhen**. Dass eine solche Volksabstimmung rechtlich möglich ist, hat ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages gezeigt. Für eine solche Lösung, die uns alle **zurück zur sachlichen Diskussion** bringen kann, werde ich mich weiterhin einsetzen. Ich halte Stuttgart 21 nach wie vor für ein wichtiges Projekt für unsere Region, aber ich stehe auch **für eine Politik, die nicht von oben herab bestimmt, sondern mit den Sorgen und Nöten der Menschen respektvoll umgeht und mit Überzeugung statt Überrumpelung für Mehrheiten kämpft**.

Mit freundlichen Grüßen

